

## **Haushaltsrede der CDU-Fraktion zur Verabschiedung des Haushalts 2013 in der Ratssitzung am 19.03.2013**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die CDU-Fraktion hat den im Januar 2013 eingebrachten Haushaltsentwurf in einer zweitägigen Klausur und in weiteren Fraktionssitzungen intensiv beraten.

Um eins vorwegzunehmen: Wir sind nicht an der Oberfläche kleben geblieben, sondern haben uns mit Inhalten und Weiterentwicklungen auseinandergesetzt. Fragen, die sich uns stellten, haben wir unmittelbar an den Kämmerer oder die zuständigen Fachdezernenten weitergegeben und diskutiert. Und sie wurden beantwortet.

Eine Fachzeitschrift titelte in ihrer Januar-Ausgabe mit der Überschrift „Kommunen auf gutem Weg ins Jahr 2013“ und dem Untertitel „NRW ächzt unter Schuldenlast“. Während sich hiernach die kommunalen Haushalte in vielen anderen Bundesländern offensichtlich trotz der weltweit angespannten Finanzlage langsam erholen, sehen die Kommunen in NRW kein Licht am Ende des Tunnels. Die Zahl der Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung oder gar im Nothaushalt befinden, nimmt ständig weiter zu.

Die sich erneut verschlechterte Haushaltslage der Stadt Kempen ist kein hausgemachtes Problem, sondern offensichtlich ein Landesproblem. Die Entwicklung ist nicht neu, sondern war vorhersehbar.

Wir erinnern an die Sparhaushalte 2006/2007, den Sparhaushalt 2010 sowie den letzten Doppelhaushalt 2011/2012. Wir erinnern an die interfraktionelle Arbeitsgruppe, die in zahlreichen Sitzungen vor Einbringung des letzten Doppelhaushalts alle Haushaltsstellen auf Einspar- oder Verbesserungspotentiale untersucht hat und mit ihrem Ergebnis nicht nur die Basis für den letzten Doppelhaushalt gelegt sondern auch die Weichenstellung für den Haushalt 2013 vollzogen hat.

Eine ausgepresste Zitrone lässt sich nicht noch einmal auspressen.

Der vom Kämmerer eingebrachte Haushaltsentwurf 2013 basiert daher auf die in der interfraktionellen Sparrunde erarbeiteten Ergebnisse.

Uns war klar –und auch allen anderen Fraktionen hätte bewusst sein müssen- , dass der diesjährige Haushalt eine konsequente Fortschreibung des gemeinsam aufgestellten und von einer großen Mehrheit beschlossenen letzten Doppelhaushalts ist. Der Haushalt 2013 aktualisiert bis auf ganz wenige Positionen lediglich die alten Ansätze.

Die CDU-Fraktion unterstützt mit aller Konsequenz den eingeschlagenen Sparkurs. Nur so bewahren wir unsere Standards, nur so eröffnen sich Entwicklungschancen.

Mit dem heute zu verabschiedenden Haushalt und der Fortsetzung des Sparkurses vermeiden wir sowohl im Haushaltsjahr 2013 und nach gegenwärtigem Stand auch im Planungszeitraum bis 2016 eine Haushaltssicherung.

Wir waren überrascht über die Presseveröffentlichungen der im Rat vertretenen Fraktionen.

Ratlosigkeit, Verwunderung und Unsicherheit waren die Schlagworte der SPD in der Presse.

Ratlosigkeit bedeutet Verlust der Übersicht, Verwunderung über die Entwicklung des Haushalts zeigt, dass der Anschluss verpasst wurde und Unsicherheit ist Ausdruck mangelnder Verantwortungsbereitschaft.

Spätestens mit der Verabschiedung des letzten Nachtragshaushalts im September des letzten Jahres musste auch dem letzten klar geworden sein, dass sich die Entwicklung des Haushalts weiter verschlechtern würde. Ursächlich sind tarifgebundene Personalkostenanstiege, Kosten der U-3 Betreuung und erhebliche Kostensteigerungen in der Jugendhilfe. Allesamt Bereiche, die jenseits unserer Handlungs- und Einflussmöglichkeiten liegen.

Da passt eine Wortmeldung der SPD im Jugendhilfeausschuss zu der von uns beantragten neuen gerechteren Beitragsstaffelung im KiTa-Bereich gar nicht ins Bild. Die Wortmeldung, eine höhere Beitragsgerechtigkeit sei zwar zu begrüßen, dennoch würde die SPD den Antrag ablehnen, da man für die völlige Beitragsfreiheit aller vorschulischen Betreuungsangebote sei, trägt nur zur Verunsicherung der Eltern und Bürger bei.

Eine plakative Aussage ohne jeden Hinweis einer Finanzierungschance entbehrt jeder Glaubwürdigkeit und beweist, dass man sich nicht mit dem Inhalt des Haushalts auseinandergesetzt hat. Der Jugendetat weist schon jetzt eine Unterdeckung von mehr als 10 Mio € aus!

Wir sind sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Geradlinigkeit, einen klaren Kurs und ehrliche Worte wollen. Sie wollen keinen Zickzackkurs, der heute das in Frage stellt, was gestern beschlossen wurde oder Aussagen trifft, die nie und nimmer aus kommunaler Kraft umgesetzt werden können.

Der Haushalt 2013 umfasst ein Ausgabevolumen von 90 Mio €, dem Einnahmen von ca. 86 Mio € gegenüberstehen. Im Finanzplanungszeitraum bis 2016 liegt der Fehlbetrag sogar bei 11 Mio €. Der Ausgleich erfolgt durch Verzehr der Ausgleichsrücklage. Von einem originären Haushaltsausgleich, also Deckung der Ausgaben durch die tatsächlichen Einnahmen, sind wir meilenweit entfernt.

Die Einnahmen beinhalten bereits Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern um jeweils 20 Punkte. Würde man die alten Steuerhebesätze beibehalten wollen, würde die diesjährige Deckungslücke von 4 Mio € auf 5,5 Mio € und im Finanzplanungszeitraum bis 2016 auf gigantische 17 – 18 Mio € anwachsen.

Die Anhebung der Steuersätze ist daher zur Deckung unserer Ausgaben dringend geboten und im übrigen nach § 77 der Gemeindeordnung auch vorgeschrieben.

Wir haben kein Ausgabenproblem, wie es von der FDP erklärt worden ist, sondern ein Deckungsproblem.

Mehr als 98% unserer Ausgaben sind nicht kommunal beeinflussbar, resultieren aus gesetzlichen Verpflichtungen oder langfristigen vertraglichen Bindungen.

Nur 1,7 Mio EUR von 90 Mio € basieren auf freiwillige kommunale Entscheidungen. Schon zur Deckung der Pflichtaufgaben reichen unsere Einnahmen nicht aus.

Oder wollen Sie ernsthaft zur Vermeidung einer Steuererhöhung alle unsere freiwilligen Ausgaben radikal kürzen oder gar streichen?  
Zuschüsse an Vereine und Verbände, ob in der Jugend- oder Seniorenarbeit?  
Wollen Sie die Jugendkultur einstellen und die Stadtbibliothek schließen?  
Unsere Sportstätten, soweit sie nicht für den Schulsport benötigt werden und unsere Jugendfreizeiteinrichtungen dicht machen?

Wenn unsere Haushaltslage auf ein Ausgabenproblem zurückzuführen ist, dann sollte Ihnen bewusst sein, dass genau diese Maßnahmen betroffen sind. Dann sollten Sie den Mut haben, dies auch offen zu sagen.

Mit der CDU-Fraktion wird es auch künftig ein Kaputtsparen nicht geben.  
Wir halten an unseren Angeboten und an unserer Infrastruktur fest.

Wir sind sicher, dass die Menschen es verstehen und bereit sind, ihren Beitrag zur Erhaltung des Lebens- und Wohnwertes, zur Festigung unserer Infrastruktur über eine geringe Erhöhung der Steuern zu leisten.

Die CDU-Fraktion fördert ehrenamtliches Engagement. Eine Streichung der Zuschüsse an Jugend-, Sport- oder kulturtreibende Vereine und Verbände wird es mit uns ebenso wenig geben wie die Schließung von Jugend-, Sport- oder öffentlichen dem Gemeinwohl dienenden Einrichtungen.

Zur ansatzweisen Deckung unserer Ausgaben sind daher die eingeplanten Steuererhöhungen unumgänglich.

Öffentliche Erklärungen, einen Haushalt nicht mittragen zu wollen, wenn dieser Steuererhöhungen vorsieht, sind rein populistischer Natur und zeigen, dass man sich mit der Ernsthaftigkeit unserer Haushaltslage nicht auseinandergesetzt hat.

Auch die CDU-Fraktion sieht in Steuererhöhungen nur das letzte Mittel, einen Haushalt in den Griff zu bekommen. Die Steuererhöhung ist aber auch ein legitimes Mittel zur Haushaltssanierung. Sie kommt nicht überraschend und ist wirtschaftlich vertretbar, da sie deutlich unter der Inflationsrate liegt.

Mit der Steuererhöhung verteilen wir die Last in zumutbarer Höhe auf viele Schultern, bewahren und sichern auf der anderen Seite aber auch das Leistungsangebot und die Lebensqualität für alle Bürger und Gewerbetreibenden in Kempen.

Wenn wir die Erhöhung heute nicht beschließen, wird ein Haushaltsausgleich im Planungszeitraum nicht möglich sein, d.h. Haushaltssicherung und Verlust der Selbstbestimmung!

Allen, die glauben, eine Steuererhöhung verhindern zu wollen, muss klar sein, dass eine der ersten Weisungen der Kommunalaufsicht sein wird, die Steuern anzuheben. Wir erinnern daran, dass der letzte Nachtragshaushalt von der Kommunalaufsicht bereits mit dem deutlichen Hinweis auf die bereits eingeplante Steuererhöhung genehmigt worden ist.

Wir bestimmen lieber heute selbst den Zeitpunkt und die Höhe der Steueranhebung, ehe sie fremdbestimmt in nicht mehr beeinflussbarer Höhe von der Kommunalaufsicht festgesetzt wird.

Erstaunlicherweise haben wir neben veröffentlichten Ablehnungsgedanken aber auch keine zielführenden Alternativvorschläge zur Deckung der Steuerausfälle angenommen.

Eine pauschale Kürzung der Ausgaben um 1% ist ebensowenig zielführend wie eine höhere Gewinnabgabe der Stadtwerke, da dadurch die Handlungsfähigkeit unseres Unternehmens gelähmt wird.

Ein Tierfriedhof zur Rettung unseres Haushalts war sicherlich ein Karnevalsgag.

Wir haben feststellen müssen, dass auch in den Sitzungen der Fachausschüsse nicht ein einziger inhaltlicher oder substanzieller Änderungsvorschlag eingebracht worden ist. In 10 Fachausschusssitzungen, in denen jeweils die Fachhaushalte zur Beratung anstanden, gab es bis auf Verständnisfragen keine einzige inhaltliche Wortmeldung, kein einziger Verbesserungsvorschlag.

Im Gegenteil, auch zusätzliche Ausgaben, wie z.B. Kosten der Demografie-Workshops, Erhöhung der Zuschüsse an das Multikulturelle Forum oder die Freiwilligen-Agentur wurden von allen getragen und sogar weitschweifig begrüßt. Das passt insbesondere dann nicht ins Bild, wenn bereits im Vorfeld in der Presse angekündigt wurde, den Haushalt aufgrund zu hoher Ausgaben nicht mittragen zu können.

Jeder, der sich in den Ausschussberatungen nicht eingebracht hat, hat die Legitimation verloren, jetzt den Haushalt zu kritisieren, ihn in Frage zu stellen oder gar abzulehnen.

Auch die von drei Fraktionen gemeinsam geforderten Strukturuntersuchungen sind aus unserer Sicht nichts anderes als Ablenkung und die verzweifelte Suche nach Verantwortlichkeiten. Die CDU-Fraktion ist nicht bereit, Mittel von locker 150 TE bis 200 TE oder mehr für ein externes Verwaltungsstrukturgutachten in den Haushalt einzustellen und damit grünes Licht für eine Rund-um-Überprüfung der Verwaltung, die im übrigen die Verwaltungsarbeit und den Bürgerservice über viele Monate blockieren wird, zu geben.

Kempen hat eine eher kleine, allenfalls mittelgroße Verwaltung, ein „Gemischtwarenladen“, der alle Dienstleistungen einer großen Verwaltung anzubieten und umzusetzen hat. Verwaltungen größerer Städte, in denen mehrere Mitarbeiter in einem Amt dasgleiche tun, können eher über Synergieeffekte Personal einsparen oder Arbeitsabläufe beeinflussen, als das in kleinen Behörden möglich ist.

Die sehr kritische Gemeindeprüfungsanstalt hat nach ihren letzten Prüfungen in den Jahren 2004 und 2009 unserer Verwaltung durchweg gute bis durchschnittliche Ergebnisse bescheinigt. Zu festgestellten Verbesserungsmöglichkeiten haben wir nach politischer Diskussion Entscheidungen getroffen.

Es ist zu erwarten, dass noch in diesem Jahr die nächste Regelprüfung ansteht, die wir zu bezahlen haben. Im Haushalt sind hierfür 80.000.-- € veranschlagt. Daneben erhebliche –nicht vorhandene und kreditzufinanzierende- Mittel für eine weitere freiwillige externe Untersuchung bereitzustellen, ist dem Bürger nicht vermittelbar.

Wir sind aber bereit, etwaige Feststellungen nach einer Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt in konkreten Fällen durch externe Gutachter untersuchen zu lassen und die insoweit erforderlichen Mittel außerplanmäßig oder im nächsten Haushalt bereitzustellen.

Die CDU-Fraktion ist auch nicht bereit, so ohne weiteres Mittel von 50.000 € in den Haushalt für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes einzustellen.

Wir haben im übrigen kein Verständnis, wenn in einer öffentlichen Erklärung der Fraktion der Grünen die Zustimmung zum Haushalt von der Realisierung einer Einzelforderung abhängig gemacht wird.

Der Haushalt ist kein Spielball, den man nutzt, um Einzelinteressen durchzusetzen. Mit der Verweigerung der Zustimmung zum Haushalt entzieht man der Verwaltung jede Arbeits- und Handlungsgrundlage.

Auch die CDU sieht den Klimaschutz in der Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen als eine der weltweit vordringlichsten Aufgaben an, denen sich auch die Kommunen nicht verschließen können.

Uns sind aber Maßnahmen mit messbaren Ergebnissen wichtiger als bedrucktes Papier, auf das mit viel Geld bezahlte Konzepte nachzulesen sind.

Aus diesem Grund haben wir zunächst mit Überzeugung im September letzten Jahres zwei Teilkonzepte auf den Weg gebracht, von denen wir uns kurzfristige Ergebnisse erhoffen.

Aktiver Klimaschutz hat in Kempen im übrigen nicht erst mit der Verabschiedung der Teilkonzepte begonnen.

Wir erinnern an die energetischen Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes. Ganz bewusst haben wir die Mittel seinerzeit ausschließlich in nachhaltige und energieeinsparende Maßnahmen investiert.

Wir erinnern an die Energiesparmaßnahmen in unseren Schulen. Wir erinnern an die innovativen Projekte unserer Stadtwerke, an den Bau der ORC-Anlage und die Eigenstromerzeugung, den Ausbau der Kraft-Wärmekopplung. Wir erinnern an unser Straßen-Beleuchtungskonzept. Inzwischen sind nahezu 40% unser Leuchtkörper ausgetauscht. Trotz Zunahme der Straßenlampen in neuen Baugebieten konnte der Stromverbrauch in den letzten 4 Jahren um über 600.000 kw/h reduziert werden. Die Einsparung liegt bereits bei über 115.000 €. Das sind messbare Ergebnisse, nicht nur im Haushalt nachzulesen, sondern auch im Kohlendioxidausstoß feststellbar.

Wir sind zu weiteren Maßnahmen bereit, sollten aber der Diskussion im Fachausschuss nicht vorgreifen. Wenn im weiteren Prozess Mittel erforderlich sind, werden wir sicherlich einen Weg finden. Wir werden uns dem nicht verschließen.

Der Haushalt 2013 soll nicht nur die Standards sichern, sondern muss auch Weiterentwicklungen zulassen. Ich möchte abschließend kurz einige Themen auch in haushaltsrechtlicher Sicht ansprechen:

Wir verfügen über eine überaus familienfreundliche Infrastruktur. Um unsere Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen bedarfsgerecht halten zu können, müssen wir versuchen, die Bevölkerungsstruktur zu erhalten und auch weiterhin jungen Familien einen Anreiz bieten, in Kempen zu bleiben oder nach Kempen ziehen zu wollen.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass aufgrund der ungebrochenen Nachfrage und des niedrigen Zinsmarktes zügig weitere Wohnbaugebiete erschlossen werden müssen.

Die CDU-Fraktion ist aber auch der Auffassung, dass neben barrierefreiem Wohnraum künftig verstärkt auf ausreichenden, zentrennahen und bezahlbaren Miet-Wohnraum geachtet wird. Schon heute ist die Nachfrage nach Wohnraum mit Wohnberechtigungsschein höher als das Angebot.

Die CDU beantragt daher, das Thema in einer der nächsten Fachausschusssitzungen auf die Tagesordnung zu setzen und die Verwaltung zu beauftragen, kommunale Handlungsspielräume und –möglichkeiten zur Schaffung barrierefreier und bezahlbarer Wohnungen aufzuzeigen.

Den schriftlichen Antrag werden wir in den nächsten Tagen nachreichen.

Wir müssen Massnahmen der Altenhilfeplanung anpacken und auf den Weg bringen. Wir unterstützen nachdrücklich die Einstellung von Mitteln für die Erschließung der Pflegewohnanlage in St. Hubert am Beyertzhof. Wir appellieren eindringlich an die Anlieger der Zufahrtsstraße, das Vorhaben konstruktiv zu begleiten und den Zugesinn für das Gemeinwohl bei allen nachvollziehbaren Eigeninteressen nicht aus den Augen zu verlieren. Die Zufahrtsstraße wird immer verkehrsberuhigte Zone bleiben, mit der Folge, dass sich alle Verkehrsteilnehmer an die Vorschriften einer solch ausgewiesenen Zone zu halten haben.

Die CDU hält an Kinderspielplätze fest. Wir werden aber regelmäßig darauf achten müssen, ob sich aufgrund der demografischen Veränderungen für alle Plätze noch ein Bedarf darstellt. Eine Veränderung führt nicht unbedingt zur Aufgabe von Plätzen, sondern kann nach unserer Auffassung auch zur Umwidmung führen. Wir brauchen mit Blick auf den demografischen Wandel vermehrt Ruhezone und Klöneckchen für ältere Mitbürger, inmitten unserer Wohngebiete, um Selbständigkeit und Sozialkontakte zu fördern.

Wir halten an Grünanlagen fest. Die vielen Grünanlagen prägen unser Stadtbild. Wir werden aber bei Neuanlagen noch konsequenter darauf achten müssen, dass sie pflegeleicht oder pflegearm sind.

Der Haushalt 2013 und die Folgehaushalte verzehren zwar unsere Ausgleichsrücklage. Wir verfügen aber noch über ausreichende liquide Mittel. Dies unterscheidet uns von anderen Kommunen, deren Kämmerer regelmäßig zur Begleichung von tagesfälligen Rechnungen Kredite aufnehmen müssen.

Wir appellieren an alle Ämter, wie bisher sehr sorgfältig mit der Bewirtschaftung ihrer Haushaltsstellen umzugehen in der Erwartung und Hoffnung, dass die jeweiligen tatsächlichen Jahresabschlüsse besser ausfallen als in den Haushalten prognostiziert.

Wir fordern Bund und Land zur Konnexitätstreue auf, d.h. mit jeder neuen Aufgabe, die auf die Kommunen übertragen wird, auch die insoweit benötigten Mittel bereitzustellen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2013 zu, in der Überzeugung, dass er bei allem Sparzwang das Werkzeug und die nötigen Mittel bereit stellt, um die Lebensqualität in Kempen zu erhalten und das Tor, zukunftsnotwendige Projekte selbstbestimmt anzugehen, nicht verschließt.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei für die Aufstellung des Haushalts und die Zeit für ergänzende Beratungen in unserer Fraktion.

Wir danken insbesondere Herrn Cremers.

Für Sie, Herr Cremers, war es der letzte öffentliche Haushalt, den Sie vor Ihrer Pensionierung aufgestellt haben. Demnächst wird es nur noch die private Haushaltsplanung sein, in der Sie nicht mehr um politische Mehrheiten werben müssen, sondern nur auf eine Zustimmung angewiesen sind, die Ihrer Lebensgefährtin.

Sie haben richtigerweise immer wieder und gerade in diesem Jahr an unsere gemeinsame Verantwortung für nachfolgende Generationen appelliert.

Wir wissen, dass Sie sich nur zu gerne mit einem originär ausgeglichenen Haushalt verabschiedet hätten. Wir wollten es Ihnen, aber auch uns ersparen, mit Ihrer Pensionierung so lange zu warten, bis der Haushalt ausgeglichen ist.

Sehr geehrter, lieber Herr Cremers, danke für die Aufstellung dieses und der letzten Haushalte, für die Hilfestellungen und Beratungen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Wilfried Bogedain  
Fraktionsvorsitzender